Nummer 391. XXII. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Donnerstag, 3. August 1893.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Die Stimmung in Petersburg.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Petersburg, 2. August.

Der erste Eindruck, den die Verhängung deutscher Repressalien gegen Rußland hier gemacht hat, ist anscheinend ein für die weitere Entwickelung der Dinge im Sinne Deutschlands nicht ungünstiger. Die russische Presse schlägt einen ruhigeren, versöhnlicheren, friedlichen Ton an. Die „Nowoje Wremja" beleuchtet die Situation in einem offiziösen Artikel, weicht aber im großen Ganzen nicht allzu weit von dem für Deutschland allein maßgebenden, richtigen Standpunkt der im „Reichsanzeiger" veröffentlichten Denkschrift ab. Andere Blätter sprechen die Ueberzeugung aus, daß auf der trotz des Zollkrieges im Herbst in Berlin zusammentretenden Konferenz ein für beide Staaten befriedigendes Resultat erzielt werden wird. Dabei läßt man natürlich durchschimmern, daß Deutschland die Wünsche Rußlands vollbefriedigen müsse, Rußland aber nicht mehr zugestehen solle wie bisher. Wieder andere Blätter sehen die Lage ernster an und sprechen die Befürchtung aus, daß Industrie, Handel und Landwirthschaft beider Länder unverhältnißmäßig unter dem Zollkrieg leiden werden; sie erklären zum Theil offen, daß Rußland schließlich den größeren Schaden davontragen werde, da das Vorgehen Rußlands nicht genügend begründet sei. Man habe zu fest auf eine schlechte Ernte in Deutschland und auf die Nothwendigkeit der Einfuhr russischen Getreides nach Deutschland gerechnet; die Ernte sei aber besser ausgefallen und Deutschland könne auch ohne russisches Getreide auskommen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Einfuhr nach Deutschland auf Umwegen durch Ursprungszeugnisse arg beschnitten sei.

Der „Grashdanin" spricht seine Verwunderung darüber aus, daß Finnland bei der Einführung des Maximaltarifs wie bei der Anwendung des deutschen Zollzuschlages ausgenommen ist. Dieser Zustand sei in den weitesten Kreisen aufgefallen und werde als „Hinterthürchen" zur Umgehung der beiderseitigen Maßnahmen angesehen.

Im Allgemeinen kann man, wie man wenigstens in Petersburg die Sache auffaßt, eher von einem „friedlichen Zollkriege" sprechen, als die Gesammtlage ernst auffassen. Die Regierungen sind trotz aller augenblicklichen Angriffs- und Abwehrmaßregeln im Prinzip doch darüber einig, daß ein Handelsvertrag abzuschließen sei. Wir glauben, daß eine Verständigung umso eher zu erzielen sein wird, je fester Deutschland an seinen gerechten Forderungen festhält, je unbekümmerter es sich gegen die russischen Sophismen zeigt. Natürlich muß Deutschland billigen Forderungen ebenfalls entgegenkommen.

Sonntagsruhe.*)

(Chokoladen- und Zuckerwaaren. — Bonbon-, Marzipan-, Biscuit-Fabrikation und verwandte Branchen.)

Die Eigenheiten dieser Branchen erfordern eine besondere Berücksichtigung für die Arbeitszeit insofern, als die Hauptverkaufszeit auf zwei jährliche Saisons sich erstreckt und zwar die Ostern- und Weihnachts-Saison.

Es ist eine anerkannte Thatsache, daß die Bestellungen nie so eingehen, auch nie so rechtzeitig eingesammelt werden können, daß man in genügender Weise hierfür Vorrath schaffen könnte. Aber selbst wenn ein Vorverkauf in genügender Weise stattfinden könnte, wäre es technisch absolut unmöglich, z. B. schon im Januar mit der Fertigstellung von Oster-Eiern und im Juli mit der Fertigstellung von Chokoladen, Konfitüren, Marzipan, Biscuit 2c. zu beginnen, weil dis zum Herannahen der hohen Feste die Waaren verderben und ungenießbar sein würden.

Der Einwand der Gegner einer verlängerten Arbeitszeit, daß man durch Vergrößerung der Fabriken und Einstellung von Hilfskräften den beregten Uebelständen abhelfen könnte, ist hinfällig, denn die in Berlin herrschenden Grund- und Bodenverhältnisse machen eine derartige räumliche Vergrößerung unmöglich, und die um deshalb auch vermehrte Neuanschaffung von Maschinen 2c. würde Kapitalien erfordern, die den größten Theil der hiesigen Fabrikanten nöthigen würden, ihre Fabrikation einzustellen, weil sie erstens so große Kapitalien sich auch nicht rentiren würde. Die Anlage so großer Kapitalien sich auch nicht rentiren würde. Die Drittens muß noch ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die Arbeitgeber und Arbeitnehmer darüber vollständig einig sind, daß eine derartige Vergrößerung auch um deshalb nutzlos wäre, weil es notorisch ist, daß vor Ostern und Weihnachten die brauchbaren Arbeiter sämmtlich vollauf Beschäftigung haben und daß es unmöglich ist, Pfuscher und Arbeiter anderer Branchen zu beschäftigen.

Zur Begründung der Nothwendigkeit der verlängerten Arbeitszeit muß noch angeführt werden, daß der Umsatz in den Monaten vor Ostern und November und December, ausweislich der Bücher der maßgebenden Fabrikanten, das Vierfache und mehr der anderen Monate beträgt.

Ein längeres Vorarbeiten ist auch aus sanitären Gründen und aus Beeinträchtigung der Haltbarkeit nicht möglich.

Gewisse Artikel sind dem Verderben ausgesetzt und dürfen deshalb nicht allzulange vor der Verkaufszeit angefertigt werden; außerdem wird Niemand alles resp. hartes Marzipan, Biscuits 2c. kaufen.

Bezüglich der Fabrikation von Ostereiern muß vorgehoben werden, daß Berlin eine den Weltmarkt beherrschende Stellung einnimmt und es eine wirkliche Kunst herbeiführen würde, wollte man der Fabrikation hierfür die erforderliche Arbeitszeit bewilligen.

Zucker-Ostereier können erst ca. acht Wochen vor dem Feste und auch erst nur die kleineren und billigeren gegossen werden, es durchaus ausgeschlossen, daß bei regulärer Arbeitszeit unter Zuhilfenahme von allen erreichbaren Hilfskräften die kolossale Anzahl von Eiern rechtzeitig gegossen werden kann. In diese Fabrikationen daher **konkurrenz- und exportfähig**

*) Siehe die Artikel der Nummern 308, 373, 375, 389 des „Berliner Tageblatts".

zu erhalten, ist vor allen Dingen erforderlich, daß 6 Wochen vor Weihnachten und 6 Wochen vor Ostern die **Arbeitszeit** für die zahlreich beschäftigten Arbeiterinnen an den **Wochentagen auf 13 Stunden** täglich, und an den **Sonntagen auf 5 Stunden** für Arbeiter und Arbeiterinnen festgesetzt werde.

* * *

* Der Verein Naumburger Manufakturisten und verwandter Zweige beabsichtigt in Sachen der **Sonntagsruhe** eine **Petition** an den **Reichstag** zu richten, mit der Bitte, der Reichstag wolle wenigstens dahin wirken, daß dem Geschäftsverkehr die ersten Feiertage der hohen Festtage und zwar der erste Weihnachtsfeiertag mit zehn Stunden, die ersten Feiertage von Ostern und Pfingsten mit je fünf Stunden zurückgegeben werden, wohingegen die Geschäfte an den zweiten Feiertagen eventuell ganz geschlossen werden könnten. Begründet wird die Petition durch den Hinweis auf die Thatsache, daß gerade die ersten Feiertage, speziell der Weihnachtsfeiertag, von sehr vielen Menschen zu Einkäufen aller Art benutzt werden. Die vielen Personen, die zu Weihnachten mit baarem Gelde beschenkt werden, und alle die am Abende vor dem Feste ihren Lohn erhalten, sie haben es an der Gewohnheit gehabt, am ersten Festtage nach dem Vormittagsgottesdienst ihre Einkäufe zu besorgen, theils um selbst noch kleine Geschenke zu machen, theils um ihren Bedürfnissen für die Festtage und darüber hinaus Rechnung zu tragen. Es wurden nicht nur in den Geschäften obiger Branche, sondern allgemein im Detailhandel solche Einkäufe gemacht und denselben dadurch nennenswerthe Einnahmen zugeführt, auf die sie nicht verzichten können.

Explosion auf dem Flaggschiff „Baden".

Ueber einen entsetzlichen Unglücksfall, der sich auf einem Schiff des auf der Ostsee manövrirenden Geschwaders am gestrigen Tage ereignet hat, ist hier folgendes offiziöse Telegramm eingegangen:

Am Mittwoch, den 2. August, Nachmittags 3 Uhr, wurden bei einem Schießversuch auf S. M. S. „Baden" durch Entzündung einer 26 Centimeter-Kartusche getödtet: Lieutenant z. S. Oelsner, Unter-Lieutenant z. S. Zembsch, Bootsmannsmaat Radzuweit, Obermatrose Kniephoff, die Matrosen Bräutigam, Höfner, Goldbaum, Schönrock, Nehlisen. Leicht verwundet wurden: Ober-Feuerwerksmaat Wolle, Bootsmannsmaat Hinkelmann, sowie die Matrosen Müller, Franken, Eye, Edelkott, Henkels, Buschmann, Dehn, Musterreit, Ackermann, Wecke, v. d. Schlusen, Nicke, Jfing, Nast, Weidelich, Entrop. Bei keinem der Verwundeten ist Lebensgefahr vorhanden. — Während der Explosion befand sich Prinz Heinrich von Preußen mit dem Admiral Schröder und dem Kommandanten auf der Kommandobrücke. Der Prinz betheiligte sich eifrigst an den Hilfeleistungen für die Verwundeten.

* * *

* Soweit die Miquelschen **Reichssteuerprojekte** bisher bekannt sind, handelt es sich in der Hauptsache darum, durch Erhebung neuer indirekter Steuern in Höhe von mindestens 100 Millionen den **Einzelstaaten** Zuschüsse zuzuführen. Zunächst auf fünf oder sieben Jahre. Ist diese Frist abgelaufen, so steht dann zu nichts entgegen, die Operation zu wiederholen. Die Einzelstaaten, sagt man, sollen nach dem Programm des Fürsten Bismarck Kostgänger des Reiches werden. Mit diesem Argument allein würde Fürst Bismarck im Jahre 1879 die Reform des Zolltarifs und der Tabaksteuer nicht durchgesetzt haben. Die treibende Kraft war das Verlangen nach industriellen und landwirthschaftlichen Schutzzöllen, wie im Jahre 1887 bei der Reform der Branntweinbesteuerung das Verlangen der Brenner, durch die Steuerdifferenz von 20 Pf., d. h. durch die Liebesgabe von 40 Millionen Mark für die etwaige Verminderung des Branntweinkonsums entschädigt zu werden. Inwieweit ähnliche Interessen auch in dem neuen Reichstage den Anschlag zu Gunsten der Miquelschen Steuerprojekte geben werden, wird sich erst zeigen, wenn man weiß, wie die 100 Millionen beschafft werden sollen. Die Sympathien, welche die Presse der Agrarier für Herrn Miquel an den Tag legt, lassen vermuthen, daß sie auch dieses Mal auf ihre Kosten zu kommen hoffen. In solchen Dingen haben diese Herren erfahrungsmäßig eine feine Witterung. Vorläufig operirt die Miquelsche Presse mit allgemeinen Schlagworten. Die Zustimmung der Einzelstaaten soll durch einen jährlichen baaren Zuschuß von 70 Millionen Mark erkauft werden. Im Jahre 1879, als die Bismarcksche Steuerreform auf Kosten der arbeitenden Klassen einsetzte, betrugen die Matrikularbeiträge 72 Millionen Mark. Im Etat des laufenden Jahres sind dieselben auf über 355 Millionen gestiegen. In den fünf Jahren 1889 bis 1893 haben die Einzelstaaten 332 Millionen Mark mehr erhalten, als sie an Matrikularbeiträgen bezahlt haben. Sollten in den weiteren Jahren die Heranzuzahlungen an die Einzelstaaten nicht ausreichen, die Matrikularbeiträge zu decken — von den Ausgaben für die Militärvorlage natürlich abgesehen — so können sie sich darüber nicht beklagen; haben sie doch alle die Ausgabenerhöhungen, welche die Erträge der neuen Reichssteuern allmälig aufgezehrt haben, im Militäretat gebilligt und beim Reichstage befürwortet. Sie ernten also nur, was sie gesäet haben. Man hat neuerdings, als die Militärvorlage eingebracht wurde, die Vorsicht gebraucht, von vornherein festzustellen, daß die dadurch entstehenden Mehrausgaben nicht durch Erhöhung der Matrikularbeiträge, sondern durch neue Reichssteuern gedeckt werden. Damit sind wir einverstanden. Aber womit will man die Forderung rechtfertigen, daß nachträglich auch die Steigerung der Ausgaben während der letzten fünf Jahre durch neue Reichssteuern gedeckt werde, damit die Einzelstaaten wieder aus der Reichskasse schöpfen können. Dem widersprechen wir auf das Bestimmteste. Will man eine geregelte und sparsame Finanzwirthschaft in den Einzelstaaten und im Reich, so muß man zu dem alten richtigen Grundsatze zurückkehren, daß da, wo Ausgaben beschlossen werden, auch für Einnahmen gesorgt werden muß. Aber, sagt man, die Einzelstaaten haben das Recht, zu verlangen, daß ihre Finanzpläne nicht von außen, durch das Reich, gestört werden. In den letzten fünf Jahren bestand die Störung ausschließlich darin, daß die Einzelstaaten über die im Reichsetat festgestellten Summen der Ueberweisungen hinaus bei der jährlichen Abrechnung große Summen erhielten, auf die sie, dem Etat zufolge, nicht rechnen konnten. Daß das ein Uebelstand ist, geben wir zu; aber dieser Uebelstand ist mit Leichtigkeit zu beseitigen. Selbst der gegenwärtige Staatssekretär im Reichsschatzamt, Freiherr v. Maltzahn-Gültz, hat das im Reichstag in aller Offenheit und Bestimmtheit eingeräumt.

„Worin, frug er bei der Berathung der Steuergesetze im Reichstage, liegt im Wesentlichen die Schwankung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, unter denen namentlich das preußische Budget im letzten Jahre gelitten hat? Die liegt nicht etwa darin, daß die den Etatsansätzen entsprechenden Matrikularbeiträge und Ueberweisungsbeträge erheblich geschwankt hätten — im Gegentheil, hier zeigt sich eine ziemlich regelmäßige, dem allgemeinen Steigen der Ausgaben großer Staatsgebilde entsprechende Steigerung auf beiden Seiten — sondern diese Schwankung hat wesentlich darin ihren Grund, daß bei den Ueberweisungen aus der sogenannten Klausula Franckenstein in einzelnen Jahren ganz ungemein hohe Beträge über den Etat hinaus ausgezahlt werden mußten. Der daraus entstehenden Schwierigkeit würde man beispielsweise ohne Steuervermehrung sofort abhelfen können, wenn man beschlösse, daß die Ueberweisungen an die Einzelstaaten sich innerhalb der etatsmäßigen Grenzen zu halten hätten und, was über die Schätzung des Etats hinaus in den einzelnen Jahren einkomme, für Reichszwecke, vielleicht namentlich zu der vom Reichstage vielfach gewünschten Schuldentilgung, Verwendung finden soll. Also ich möchte bitten, die Befürchtung, als ob im Gefolge der jetzigen Steuerbouquets mit Nothwendigkeit ein neues Loch entstehen müsse, zu verbannen."

Dieser, in seiner Weise durchaus korrekte Vorschlag ist aber, wie es scheint, Herrn Miquel zu einfach; er will „ganze Arbeit" machen und unter dem Vorwand, daß die einzelstaatlichen Finanzen durch die Reichsfinanzpolitik verwirrt würden, verlangt er nicht die Beseitigung störender Ueberschüsse, sondern die Sicherung fester, hoher Ueberschüsse aus der Reichskasse. Das nennt man sonst Plusmacherei.

* Obwohl von amtlicher Stelle in Berlin aus noch kein Wort an die Oeffentlichkeit über die **neuen Tabaksteuerprojekte** berichtet worden ist, und nur einzelne dem Berliner Finanzministerium näher stehende Korrespondenten unzusammenhängende Andeutungen in der Presse machten, wissen sonst wohlinformirte Interessentenkreise in Straßburg, München, Karlsruhe und Speyer doch schon mehr, als bisher bekannt geworden ist. Danach hätte Herr Dr. Miquel in der letzten Zeit in Betreff der Weiterbelastung des Tabaks nicht zwei, wie bisher angenommen wurde, sondern drei Wandlungen durchgemacht. Die in Mannheim erscheinende „Tabakvereins-Zeitung" schreibt hierzu:

Uns war von ganz zuverlässiger Seite bis zu dem Moment, da wir Gewißheit erlangten, daß hinter den Kulissen etwas Neues vorgeht, bekannt, daß Herr Dr. Miquel dem undurchführbaren englischen System des Verbots des inländischen Tabakbaues Sympathien entgegentrage.

Alsdann kamen beglaubigte Gerüchte, daß der Spieß umgedreht werden soll; nicht gegen die Pflanzer, sondern mit der „Wirthschaftlichen Vereinigung" des Reichstags sollte etwas zu Stande gebracht werden, und das sollte die Fabrikatsteuer mit Herabsetzung der Inlandsteuer sein. Eine Fabrikatsteuer von 10 M. pro Mille Cigarren, die Hälfte für Cigaretten, von 25 M. für den Centner Schneidetabak (da aus einem Centner Blättertabak durchschnittlich 6½ Mille Cigarren fabrizirt werden, so wäre die Differenz 65 M. gegen 25 M.). Belassung des Zolls auf seiner heutigen Höhe von 85 M. per Doppelcentner, Ermäßigung der Inlandsteuer von 45 auf 22½ M. für den Doppelcentner, Licenzgebühren für Verkaufsläden.

Diese Sätze sollen von Straßburg aus — reichsländische Regierung und Tabakmanufaktur stehen scheinbar dahinter — als unannehmbar bezeichnet worden sein. Man soll geltend gemacht haben, daß die Inlandsteuer alsdann gänzlich fallen müßte, um den inländischen Tabakbau zu heben, daß der Inlandsbau ohnehin bedrückt würde durch die Fabrikatsteuer, da die aus inländischem Tabak hergestellten billigen Cigarren ungleich höher belastet würden als die theueren. Um herbeizuführen, daß bis zur 5 Pfennig-Cigarre nur reindeutscher Tabak genommen werden könne, müßte — so wurde weiter geltend gemacht — der Zoll bestehen bleiben und die Inlandsgewichtsteuer beseitigt werden. An deren Stelle könne wieder eine mäßige Flächensteuer erhoben werden. Auch der Satz von 10 Mark pro Mille sei für den Anfang zu hoch. Eine dem Verkaufswerth der Cigarren angepaßte Werthstufensteuer, 3, 5, 10 Mark 2c., den verschiedenen Cigarrenpreislagen angepaßt, soll empfohlen worden sein.

Das citirte Organ erfährt, daß man in Berlin nicht abgeneigt war, Einzelnes zu concediren. Aber auch diese Pläne müßten, so fügt es hinzu, schon am gesunden Sinn scheitern:

Eine Werthstufensteuer würde, trotz Fabrikatsteuer, keine Mehreinnahmen von 10 Millionen Mark bringen, wie wir an der Hand einer genauen Statistik in dem betreffenden Aufsatz darlegen werden. Die Beseitigung der Inlandssteuer würde eine Ueberproduktion herbeiführen, welche weit über den Konsum der kleinen Einnahmen — es bildet bei uns die Preislage von drei bis fünf Pfennigen ⅔ der gesammten Fabrikation; nach dem Unterstaatssekretär v. Mayr im Monopol-Exposé 70 Prozent — auf die Dauer unhaltbar.

Ist doch die reine Fabrikatsteuer mit nur einem Steuersatz von Cigarren aller Preislagen eine Quelle weitest gehender Konflikte zwischen den Kollektoren und den Fabrikanten in den Ländern der Fabrikatsteuer, obgleich dort gern ein Auge zugedrückt wird, um nicht die Konflikte ins Unendliche zu vermehren. Wie erst müßte bei einer Stufensteuer den weitest gehenden Mißhelligkeiten Thür und Thor geöffnet werden, wenn auch nicht gelegnet werden kann, daß eine billigere Besteuerung der Cigarren in der Preislage von 16 bis 38 Mark gerechter wäre als nur ein Satz für sämmtliche Preislagen.

Allein jedes Geschäft müßte aufhören, wenn bei den finanziell und wirthschaftlich unhaltbaren Abstufungen jeden Augenblick die Bücher den Inspektoren, Kollektoren, Zollbeamten ausgefolgt werden müßten und wenn als letzte Instanz der Gaunen des Oberinspektors am Sitze der provinziellen Banderolen-Hauptkollektur zu entscheiden hätte, ob die Eintragung richtig war: Preis der Cigarre 30 oder 40 Mark pro Mille!

Man bedenke diese Aufsicht über einen so großen Fabrikationszweig in einem Lande wie Deutschland, in welchem mehr Cigarren im Jahre verschenkt werden, als in den Regieländern oder in England der gesammte Jahresverbrauch ist. In Regieländern kauft der Raucher seinen Tagesbedarf und, wenn es hoch geht, ein Kistchen, welches er behutsam verpackt, oft in dem Geldschrank verwahrt. Bei uns hat nicht selten der kleine Handwerker, Brauer, Angestellte sein Mille zu Hause, wenn er durch Zufall billig eingekauft; mancher Wirth, Friseur oder Konditor hat 50 bis 80 Mille Vorrath.

Aus dieser Darlegung schon geht die unausbleibliche Verschiebung im Geschäfts- und Fabrikationsleben hervor. Bei der Fabrikatsteuer

Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft und Zweites Unterhaltungsblatt

Die Verantwortlichkeit der Staats- und Gemeindebehörden für die Folgen der Verunreinigung der Flüsse durch Fabrikabwässer, Kloakenstoffe und Bergwerksabgänge. Von Dr. Hermann Thiem. Leipzig, Verlag von Arthur Felix. 1893.

Seite 177